



Beijing, Berlin und Bagdad

Handel mit China, Nein zu Deutschen in einer UN-Bodentruppe für Irak

Als Kanzlerin Merkel Chinas Premier Li Keqiang empfing, mag er sie oft an die Ära vor einem Vierteljahrhundert erinnern haben, da es im Osten Deutschlands vier Jahrzehnte so ein ähnliches Regime gab, wie das in Beijing. Beider Auftritt vor der Berliner Presse am Freitag, den 10. Oktober, verriet es. Zwar liefen ihre dritten Regierungskonsultationen am runden Tisch ab, jedoch fehlt dieser zwischen der Zentralregierung und der Opposition in der „Sonderverwaltungsregion Hongkong.“ Zu dessen Autonomie erhellt Li die Linie: „Ein Land, zwei Systeme“, was Sache der Innenpolitik Chinas wäre. Alle Länder müssen diese Souveränität respektieren; dies sei globale Norm. So sprachen auch ostdeutsche Herrscher und alsbald fegte sie eine friedliche Revolte samt „sozialistischer Nation“ hinweg. Angela Merkel dachte vermutlich: ergreift China Demokratie wie in Honkong, so gibt es „ein Land und System“. Eher früher als später springt dieser revolutionäre Zündfunke ins Hauptland.



Foto: [Wiki](#)

Teppichweberinnen der Uighur in Khuta

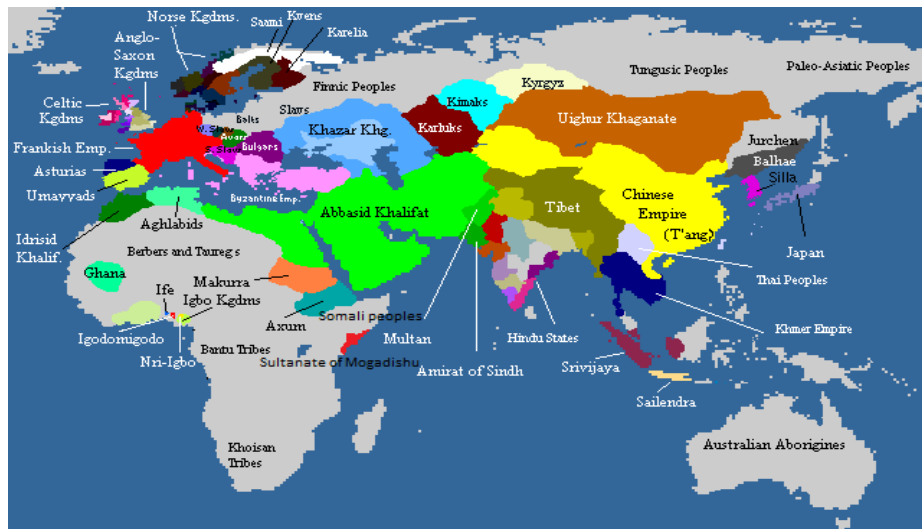
Medienvertreter fragten Li nicht zum Zwist mit der islamischen Minorität der Uighuren in der Nordwestprovinz Xinjiang, wo zudem in drei der sieben benachbarten „-Stan-Länder“ diese turksprachige Ethnie siedelt. Immerhin hegten diese um 820 ihr Großreich, das Khaganat der Uighuren (siehe eine historische Weltkarte auf der nachfolgenden Seite).

Doch am 30. Juli wurde in Kashgar der Imam Juma Tahir ermordet, der sich der starren Parteilinie Beijings widersetzte. Eine Gewaltwelle zog allein im Vorjahr 400 Tote nach sich, wo oft die dominante Han-Gruppe gegen Uighuren vorgeht, die laut Agentur Xinhua zehn Millionen Seelen zählen. Die Polizei habe zwei Attentäter erschossen, ein dritter, Nur Memet Abidi, sei am 28. September mit seinem Lehrer Ghani Hasan zum Tode verurteilt worden. Wie jene staatliche Nachrichtenagentur meldete, wollten diese eine führende Terrorgruppe aufbauen und „etwas Großes einrühren“. Dies ist jedoch schwer zu überprüfen.

Komplexitäten

Der Aufbau einer Terrorgruppe sollte geschehen, „um ihre Reputation unter Terroristen zu erhöhen“. Nahe Kashgar, in Yarkand, folgten nach dem Tode des Imams blutige Konflikte zwischen Uighuren und der Polizei, die etwa einhundert Menschenleben kosteten. Dilshat Reshit, ein Sprecher von in Deutschland ansässigen Exilanten und des Weltkongresses der Uighuren, verurteilte die harten Urteile gegen die Attentäter, die doch nicht die wachsende Welle der Unzufriedenheit glätten könnte.

Beijing möge seine Zwangspolitik gegen deren Religion und Traditionen einstellen. Al-Jazira-TV berichtete, seit 1994 gäbe es den Kurs unter Parteisekretär Wang Lequan, wo erneut 2014 das Ramadan-Fasten für viele Muslime, darunter auch Beamte und Studierende, verboten wurde. Zur Jahresmitte, ermunterten die Milizen tagsüber deren Fastenbrechen. Sie trachten zudem, Muslime auszuspielen, etwa wahhabitische Araber gegen Uighuren. Die „Linie gegen Religion und Terror“, ethnische und islamische Identitäten, ist explosiv.



Karte: [Wiki](#)

Uighurenreich (braun) um 820 zwischen Chinesen (gelb) und Kirgisen

Beijing benutzte 9/11-Anschläge auf Amerika, um als „Antiterrorkampf“ gegen Glauben und Minoritäten vorzugehen. In Afghanistan verhafteten die Amerikaner 22 Uighuren, drei kamen nach Guantanamo Bay, alle sind heute aber wieder frei. Andererseits vereinten sich Islamisten global, was in Xinjiang zu [Jihadisten](#) führte. Dies erhellten 2009 Aufstände in Urumqi. Als Uighuren in Ostturkestan 1933 und eine Dekade darauf Republiken bildeten, fanden andere Kräfte darin Hebel. Nach dem Bruch Sowjetunion-China 1960, lenkte der Kreml Rebellen der Uighuren. Beijings größte Provinz Xinjiang gilt als strategisch: reich an Kohle und Erdöl, zündete es im Testgelände Lop Nur 1964 eine erste Atombombe. Wie Moskau, fördert Beijing die „verwandte“ Ethnien, so dass sich die Uighurenzahl halbierte.

Preisverleihungen

Ein Journalist fragte Kanzlerin Merkel, ob die Vergabe des Friedensnobelpreises an die Kinderrechtsaktivisten, die Opfer von radikalen Islamisten wurden, auch ein besonderes Zeichen angesichts der globalen Konflikte mit diesen Islamisten wie in Syrien sei. Sie meinte, der Preis für Malala Yusufzai und Kailash Satyarthi sei ein guter Tag für die Kinder

der Welt. Sie, die kein Recht auf ihre eigene Kindheit, auf Bildung oder auf Unversehrtheit haben, hätten durch die beiden Preisträger eine Stimme bekommen, für das Recht auf Bildung vor allem von Mädchen als auch für das Wirken gegen ausbeuterische Kinderarbeit.

Diese Preisvergabe spielt sich vor dem Hintergrund der [Debatten](#) um die Offensiven des „Islamstaats“ in Syrien und Irak ab. Gleiches gilt ebenso für den „Harold Pinter Preis“ des Autorenverbands PEN zur Verteidigung der Redefreiheit, der am 10. Oktober sowohl an den Novellisten Salman Rushdi als auch an den syrischen Menschenrechtler Mazin Darwish ging. Letzteren inhaftiert das Regime Bashshar al-Asads schon seit 2012, so dass ein Vertreter dessen sehr bemerkenswerte Rede in der Londoner British Library gehalten hat.

Mazin Darwish verwies auf die Teheraner Todesfatwa gegen Rushdi von [1988](#): beide hätten verschiedene Meinungen gehabt. Jedoch, so Darwish, man habe in der arabischen Welt eine unverzeihliche Sünde begangen, als „wir gleichgültig auf die Fatwa reagierten, die zu Ihrem Tod anhielt.“ Die Gewalt in Syrien sei das Resultat dieser Konspiration. Eine Schande, dass erst so viel Blut vergossen werden musste, „bis wir endlich begriffen, dass wir unsere eigenen Gräber graben, wenn wir erlauben, dass Gedanken zerstört werden.“ Dies auch dadurch, indem Menschen ‘Ungläubige’ genannt werden, „wenn wir erlauben, dass die Meinungen gewaltsam unterdrückt werden.“ Desaströse Folgen seien jetzt sichtbar quer durch die arabischen Räume. Dies treffe in Syrien zu, wo die schlimmsten Formen „des Faschismus und Barbarentums im Namen des Patriotismus und des Islam“ aufkamen.

Kubani

Jedoch scheint die westliche Koalition noch keine wirksame Abwehr auf die Attacken des „Islamstaats“ gefunden zu haben. Zunächst hieß es am 12. Oktober, Ankara erlaube ihr, Militärbasen zu benutzen. Zwar gab es dort eine Abstimmung im Parlament am 2. Oktober, das Militäreingriffe in Irak und Syrien erlaubt. Doch erwies sich die Erlaubnis zu Basen als Fehlmeldung der Sicherheitsberaterin Susan Rice. Während die Welt unzureichende Aktionen des „Kriegs nur aus der Luft ohne Bodentruppen hinterfragt“, gibt es Probleme im Weißen Haus. Will es [Genozid](#) verhindern, wie kann Außenminister John Kerry sagen, der Kampf um Kubani wäre strategisch nicht so wichtig? Noch 22 Tage bis zu Midterm-Wahlen werden keinen Wandel der US-Taktik zeitigen, die nur danach zu erwarten wäre.

Seit dem 15. September rennen die Jihadis unter den schwarzen [Fahnen](#) gegen Kubani im syrischen Gouvernement Aleppo an. Ein Hälfte des Ortes liegt nach einem heftigen Häuserkampf in deren Händen. Die 200.000 der zumeist kurdischen Einwohner sollen sich bereits in die Türkei geflüchtet haben. Luftangriffe durch Kampfjets verfehlten den Erfolg.

Zwar rückten türkische Panzer vor, doch sie griffen keineswegs ein. Ankara verlangt eine Schutz- und Flugverbotszone sowie al-Asads Sturz als Ziele für den Einsatz von Bodentruppen. Dies führte zu Zwisten unter Kurden und Türken, so in der Türkei und in Deutschland. Außenminister Frank-Walter Steinmeiers Nein am 13. Oktober zur UN-Bodentruppe, ist fraglich, zumal Bagdad fallen könnte. Was dann, was mag er als Alternative für die Bodentruppe anbieten?

[Wolfgang G. Schwanitz](#)

Dazu [Bücher](#) *Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East*: [Yale](#), February 25, [2014](#), 360 pp. sowie *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*: [Weist](#), 2013; 15. September [2014](#), 2. Aufl., [Berlin](#), [bestellbar](#).